

FDP

Die Liberalen

LIBERAL

JOURNAL

Gemeinsam weiterkommen

4. Jahrgang | Erscheint viermal jährlich | Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Stadt Luzern

FOKUS
Parlamentsarbeit
Verkehr
Quartiere

Aus meinem politischen Tagebuch – 4. Februar 2021

«Politik» dieser Art führt dazu, dass die Politik nicht mehr ernst genommen wird
Seite 2

Für den fairen Parkplatzkompromiss

Konstruktives Referendum
Seite 3

170 Tage im Amt

Interview mit dem neuen Fraktionschef Marco
Seite 4

Corona, Polizei, LUKS und Hochschul-Campus

Bericht aus dem Luzerner Kantonsparlament
Seite 5

Ampeln statt Grosskreisel

Die von der Stadt am Pilatusplatz geplante
«Y-Lösung» ist umstritten
Seite 6

Offene Ohren für Anliegen aus den Quartieren

Littauerberg, Pop-up-Parks, Partizipation
Seite 7

Polarisierung in der Luzerner Stadtpolitik

Machtgelüste? Machtgehebe?
Seite 7

Die Seite der Senioren

Stamm per Bildschirm
Halbjahresprogramm der FDP-Seniorinnen und
Senioren
Seite 8

Auf Rigi-Scheidegg



FDP.Die Liberalen Stadt Luzern
6000 Luzern
Telefon 041 210 20 28
info@fdp-stadtluzern.ch
www.fdp-stadtluzern.ch

Post 6000 Luzern



Nationale Abstimmung

Ja zur E-ID & zum Freihandelsabkommen - Nein zum Burka-Verbot
Für die Digitalisierung und die Wirtschaft. Gegen Kleidervorschriften in der Verfassung.

Kantonale Abstimmung

Ja zum Campus Horw und zum Ausbau der Lammschlucht
Für einen attraktiven Bildungsstandort und sichere Infrastruktur

www.fdp-lu.ch

Aus meinem politischen Tagebuch

4. Februar 2021



Vor dem Parlamentsgebäude haben sich fünf Personen mit einem Transparent für das Eichwäldli aufgestellt. Ich sage freundlich «guten Morgen»; keine Reaktion.

Die Sitzung des Parlaments ist eröffnet. Das Parlament debattiert und stimmt ab. Am Vormittag geht es um ganz unterschiedliche Themen. In Erinnerung bleibt mir die Debatte über Hinweisschilder im Verkehr. Die SP/JUSO-Fraktion hatte - inspiriert durch die Stadt Genf - gefordert, dass «klassische» Hinweisschilder für Zebrastreifen mit anderen als den gesetzlich vorgeschriebenen Figuren zu versehen seien, obwohl dies gesetzlich klar unzulässig ist!

Über den Mittag arbeite ich für mein Geschäft und telefoniere mit unserem FDP-Fraktionschef betreffend das dringliche Postulat Unterstützung für das lokale Gewerbe durch solidarischen Mietzins-Erlass. Unsere Fraktion hat das Postulat mitunterzeichnet; das Anliegen ist für die lokale Wirtschaft von grosser Bedeutung. Das Postulat wird nach kurzer Debatte überwiesen.

Deutlich länger dauert die Debatte zu kommerziellen Kurzzeitvermietungsangeboten (Airbnb). Obwohl sich alle Parteien einig sind, dass eine Regulierung angebracht ist, bringt das Parlament nicht mehr als einen Nullentscheid zu stande. Die SP-JUSO scheint an einer sinnvollen Regulierung nicht interessiert zu sein, will aber offenbar das

Thema emotional weiter bewirtschaften. Hinweis dafür ist der persönliche Angriff des SP-Sprechers auf ein Mitglied des Parlaments, welches ein Zimmer auf Airbnb anbietet.

Dann die Debatte zum Dringlichen Vorstoss zur ehemaligen Soldatenstube nahe der Allmend, Eichwäldli. Der Postulant der Grünen eröffnet den langen Reigen an Voten. Er behauptet, das Gebäude sei gar nicht wirklich einsturzgefährdet. Ich sehe mir währenddessen das bautechnische Gutachten im Anhang der öffentlichen Antwort zum Postulat noch einmal an: was der Sprecher der Grünen sagt, stimmt offensichtlich nicht. Er müsste dies selbst wissen. Das tut er vielleicht auch, wechselt die Argumentationslinie, erwähnt ein Schmähdgedicht der «Familie Eichwäldli» über den Stadtrat. Er findet es offenbar lustig.

Der Sprecher der SVP redet sich leicht in Rage, bleibt aber anständig. Ein zweiter Sprecher der SVP wagt es, die Demonstration während der Pandemie zu kritisieren. Sofort reagiert ein Sprecher der SP: er spielt sich zum grossen Verteidiger der Grundrechte auf: gespielte Empörung. Der Sprecher unserer Fraktion bleibt sehr sachlich. Er erklärt, warum eine weitere Zwischennutzung der Liegenschaft aus Sicherheitsgründen nicht zu verantworten sei und eine Sanierung viel zu teuer zu stehen käme.

Das Votum des einzigen Parteilosen Grossstadtrates lässt mich aufhorchen: er verurteilt zwar kurz das Verhalten der Bewohner, welche sich nicht an den geltenden Vertrag gehalten haben. Wichtiger ist dem Parteilosen aber, die Baudirektorin zu kritisieren. Offensichtlich will er ihr «eins auswaschen». Ich befürchte, dass seine Stimme bei den knappen Mehrheitsverhältnissen entscheidend sein könnte.

Drei Stadträte äussern sich zum Postulat und erklären überzeugend, warum das Gebäude - wie geplant - abgerissen werden soll und dadurch die Grünzone auf der Allmend erweitert werden kann. Der Diskussionsdurst von Links-Grün scheint aber noch lange nicht gelöscht und so beginnt sich die Diskussion im Kreis zu drehen. Ich versuche, die

Zeit produktiv zu nutzen und an diesem Text zu schreiben. Es gelingt mir leider nicht. So checke ich die Online-Berichterstattung aus dem Parlament und die Social-Media-Kanäle der Partei. Dabei entdecke ich auf Instagram, wie sich ein Grossstadtrat der Jungen Grünen mit einem Foto über einen anderen Grossstadtrat lustig macht, weil diesem die Schutzmaske verrutscht war und weil er es wagte, anderer Meinung zu sein. Nach unserer direkten Intervention löscht er den Post. Ist dies politisch relevant? Nein, aber ich will damit meiner Sorge über die Sitten in unserem Parlament Ausdruck geben. Das unerwiderte Grüezi der Demonstranten am Morgen kommt mir wieder in den Sinn.

Das Parlament wird gleich über ein Postulat abstimmen. Bevor ich mich dazu äussere, muss ich noch einen Einschub machen. Ein Postulat ist nichts mehr als ein Prüfauftrag, welche die Exekutive auszuführen hat. In der Causa Eichwäldli kann der Stadtrat aber in eigener Kompetenz entscheiden. Der Kommentar in der Luzerner Zeitung am nächsten Tag wird genau darauf hinweisen. Jetzt aber endlich zu Abstimmung: dank der Stimme des Parteilosen wird das Postulat überwiesen. Für mich wenig überraschend, werden wir nur einen Tag später erfahren, dass der Stadtrat an seinem Entscheid festhalten und das Gebäude zurückgebaut werden wird.

Beim Spaziergang nach Hause denke ich über diesen Tag im Stadtparlament nach. Ich habe heute kein einziges Wort gesagt. Das Parlament ist bestimmungsgemäss der Ort der Debatte. Aber in dieser ausserordentlichen Situation fühlte ich mich unwohl und am falschen Ort. Wir sind mitten in einer Pandemie: Läden, Restaurants sind zwangsgeschlossen, man darf seine Freunde und Bekannten nicht mehr treffen. Die Menschen auf der ganzen Welt leiden an der Pandemie. Auch in einer Pandemie-Lage muss das Parlament tagen, damit die Politik wichtige Entscheidungen fällen kann, aber so ganz gewiss nicht. «Politik» dieser Art führt dazu, dass die Politik nicht mehr ernstgenommen wird.

Fabian Reinhard, Präsident
FDP. Die Liberalen Stadt Luzern



Für den fairen Parkplatzkompromiss

Konstruktives Referendum

Eine lange Geschichte

Die Reise von Stadträten, Mitarbeitern der Verwaltung und Politikern nach Freiburg im Breisgau werde ich nie vergessen. Nachdem wir – die FDP der Stadt Luzern – die «absolute» Sperrung der Seebrücke vor über 22 Jahren praktisch verhindert hatten, wurde ich als «Verkehrs-Gegenpol» (der ich in keiner Weise so war) auf diese Studienreise eingeladen. Der Oberbürgermeister von Freiburg erläuterte uns voll Stolz, dass seine Altstadt in einem Durchmesser von 700m autofrei sei. Der damalige Stadtrat Werner Schnieper schlug mir darauf freundschaftlich auf die Schulter und erklärte: «Siehst du, die können es!» Meine Erwiderung lautete: «Ja, mit einer Ringstrasse und 19 Parkhäusern!». Der eine sah das, der andere wie!

Dieses Thema und diese Diskrepanz zwischen Visionen und Lösungsideen verfolgt uns in der Stadt Luzern dauernd, nicht erst seit dieser Dienstreise!

Studien à gogo

Wie auch in anderen politischen Bereichen wurde seither eine grosse Anzahl an entsprechenden Studien in Auftrag gegeben, kurz diskutiert und schuladisiert. Nicht überraschend wurde jeweils das «Passende» in die Argumentation aufgenommen, das weniger Passende aber gestrichen.

Die Parkhausfrage

Viel politischen Wind brachten die Diskussionen um Parkhausprojekte, wie das Parkhaus Musegg, das Metro-Projekt, das Parkhaus unter dem Schweizerhofquai oder das Parkhaus an der Obergrundstrasse zwischen dem Stadthaus und der Hallwilerweg-Insel. Die Gegner von solchen Lösungen verstanden es aber immer wieder, Null-Lösungen zu erreichen. Weder im Bereiche der Carparkierung noch der Autoparkierung ergaben sich echte Fortschritte.

B + A

Nach zwei grossen Workshops und intensiven Gesprächen mit interessierten Verbänden, dem Gewerbe, der Politik und anderen mehr legte der Stadtrat am 4. März 2020 den B + A 5 «Konzept Autoparkierung» vor. Das 130-seitige Werk war das Resultat von Kompromissen, welche auch unsere Partei akzeptierte, im Wissen, dass wir einiges auf andere Weise gelöst hätten. Im Vordergrund stand aber auch unsere Ansicht, dass im Bereiche Verkehr mit einer unerwünschten Zunahme, mit vielen Stauzeiten etc. Massnahmen notwendig sind und eben im Sinne von Kompromissen akzeptiert werden müssen. So war es auch das Resultat von intensiven Gesprächen und von Konsensbereitschaft der bürgerlichen Mitglieder der VBK (Verkehrs- und Baukommission des Kantonsrates Luzern), dass



das Projekt der Nordtangente in Frage gestellt und entsprechende Abklärungen über Notwendigkeit und Machbarkeit eingeleitet wurden.

Die FDP-Fraktion des Grossen Stadtrates war denn auch bereit, dem vom Stadtrat vorgelegten B + A 5 in der vorliegenden Form zuzustimmen.

Parlamentsarbeit

Nicht überraschend benutzte die linke Seite im Parlament die Gelegenheit der parlamentarischen Arbeit, in diesen «Parkplatzkompromiss» noch verschärfende Massnahmen einzubringen. Diese gingen weit über das Mass der Akzeptierbarkeit für die jeweils knapp unterliegende bürgerliche Parlamentsseite hinaus.

CVP, FDP, GLP und SVP beschlossen daher, ein konstruktives Referendum zu ergreifen. Es handelt sich hier um ein politisches Instrument, welches in den letzten 20 Jahren intensiv diskutiert und in verschiedenen Kantonen und Gemeinden unterschiedlich geregelt oder auch abgeschafft wurde. Es ist hier der Platz, dazu einige Erläuterung für die in der Stadt Luzern geltende Lösung zu geben.

Konstruktives Referendum in der Stadt Luzern Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999

- 1 800 Stimmberechtigte können anstelle des Referendums gemäss Art. 12 oder Art. 13 auch eine Abstimmung über einen Gegenvorschlag zu einem Erlass oder Sachgeschäft verlangen. Davon ausgenommen sind Voranschlag und Steuerfuss.
- 2 Eine Abstimmung über einen Gegenvorschlag kann verlangt werden, wenn mindestens 10 Mitglieder des Grossen Stadtrates einem entsprechenden parlamentarischen Antrag zugestimmt haben.
- 3 Die parlamentarischen Anträge, die Voraussetzung für einen Gegenvorschlag erfüllen, sind vor der Schlussabstimmung zu bezeichnen und mit der Vorlage zu veröffentlichen.

- 4 Die Frist zur Einreichung eines Gegenvorschlages beträgt 60 Tage seit der Veröffentlichung der Referendumsvorlage.
- 5 Wird die Volksabstimmung über einen Gegenvorschlag verlangt, so können die Stimmberechtigten erklären, ob sie der Vorlage des Grossen Stadtrates oder dem Gegenvorschlag zustimmen.
- 6 Wird zugleich gemäss Art. 12 oder Art. 13 die Volksabstimmung über Annahme oder Verwerfung der Vorlage des Grossen Stadtrates verlangt, so gilt für das Abstimmungsverfahren § 86 des Stimmrechtsgesetzes 7 sinngemäss.

Nachdem die Bedingungen für das konstruktive Referendum erfüllt waren, wurden trotz der Probleme der Corona-Pandemie innert kurzer Zeit 1884 gültige Unterschriften eingereicht, das Referendum wurde damit rechtsgültig.

Brief SP + GV

Kaum waren die Unterschriften eingereicht, erhielten die bürgerlichen Parteien einen Brief von den Präsidenten der SP und der GB, in welchem sie einerseits zum Sammelerfolg «herzlich gratulierten», andererseits von den Adressaten (bürgerliche Parteien und Komitee) verlangten, dass sie «Unwahrheiten» auf der Webseite innert 3 Tagen zu korrigieren hätten. (Frei nach dem Motto «In der Politik kann doch jeder selbst bestimmen, was für ihn wahr ist»).

Am 13.06.2021 wird abgestimmt

Die Diskussionen werden in den kommenden Wochen bis zum Abstimmungstermin vom 13. Juni 2021 intensiv sein, die politischen Wogen werden hoch gehen. Wir werden in der nächsten Ausgabe des «liberal journal» auf die wichtigen Punkte zurückkommen, auf die Ziele des B + A, auf den Kompromiss, auf die linken Verschärfungen und anderes mehr.

Herbert Widmer,
Mitglied der Geschäftsleitung

170 Tage im Amt

Interview mit dem neuen Fraktionschef Marco Baumann



Marco, nun bist du schon bald ein halbes Jahr im Amt. Fühlst du dich wohl in der neuen Rolle?

Ja, mir gefällt die Arbeit als Fraktionschef sehr. Ich erhalte zwar seitdem sicher doppelt so viele Mails als vorher, jedoch gewinne ich so auch einen besseren Überblick über das Tagesgeschehen in der Stadt Luzern. Ich bin sehr motiviert, zusammen mit der FDP-Fraktion und der Parteileitung die Stadtpolitik zu prägen und unsere Positionierung zu schärfen. Ich habe mir fest vorgenommen, die strategische Arbeit der Partei zu verstärken. Dank unseren Mitgliedern sind wir in der Fraktion und in der Partei sehr gut aufgestellt und weisen auch ein breites Know-how auf. Das hilft uns, die vielfältigen politischen Themen kompetent zu bearbeiten und uns glaubwürdig zu positionieren.

Gemessen an deinen eigenen Zielen: Waren es erfolgreiche erste Monate?

Ich habe mir verschiedene Ziele vorgenommen. So will ich der strategischen Arbeit innerhalb der Fraktion mehr Gewicht geben. Aufgrund der vielen Vorstössen von SP und Grünen sind wir gezwungen, uns mit ihren Anliegen zu befassen und können nur darauf reagieren. Ich möchte wieder mehr eigene Anliegen und Themen setzen und bearbeiten. Das berücksichtigen wir nun an Fraktionssitzungen. Ein anderes Ziel ist die verstärkte Zusammenarbeit zwischen der kantonalen und der städtischen Ebene. Hier müssen wir uns als Partei bei Themen, welche die Stadt betreffen, noch besser austauschen. Da bleibe ich am Ball. Insgesamt bin ich mit meinem Start sehr zufrieden. Ich fühle mich von den Fraktionsmitgliedern akzeptiert und geniesse ihre Unterstützung. Als Team macht die Arbeit im Parlament und in der Fraktion umso mehr Spass.

Die letzten Wahlen haben uns einen Linksrutsch beschert. Was bedeutet die neue Sitz-

verteilung bzw. die neuen Mehrheitsverhältnisse für die politische Arbeit der FDP?

Die neuen Mehrheitsverhältnisse sind für uns alles andere als optimal. Die letzte Legislatur war schon nicht einfach, da die Grünliberalen vor allem in der Mobilitäts- und Umweltpolitik keine verlässlichen Partner waren. Das hat sich mit dem Linksrutsch noch verschärft. Die zwei linken Parteien haben zwar versichert, dass sie an breit abgestützten Mehrheiten interessiert sind und es nicht ihr Ziel ist, knappe Mehrheitsentscheide durchzupauken. Jedoch hatten wir in dieser Legislatur schon sehr viele knappe Entscheide, weshalb wir uns leider nicht darauf verlassen können. Die letzte Legislatur hat aber auch gezeigt, dass sich die Mehrheiten je nach Thema ändern können. Wir setzen deshalb noch stärker auf Kooperationen, um für unsere Anliegen Mehrheiten zu finden. Dabei bin ich auch nicht abgeneigt, in gewissen Themen mit den Grünen noch enger zusammenzuarbeiten, wie z.B. in Digitalisierungsthemen.

Wie will die FDP-Fraktion dafür sorgen, dass bürgerliche Anliegen trotz Erstarken der linken Seite erfolgreich sind?

Reine bürgerliche Anliegen werden es im Parlament sehr schwer haben. Jedoch haben die letzten Stadtratswahlen gezeigt, dass die SP und die Grünen zusammen keine Mehrheit in der Stadtbevölkerung haben und dass Kompromisslösungen gewünscht sind. Je nachdem werden wir mit Initiativen und Referenden arbeiten müssen, um solche Kompromisslösungen zu erreichen, wenn sie

im Parlament verhindert werden. Ein erstes solches Referendum haben wir nun zusammen mit GLP, CVP und SVP erfolgreich lanciert, um über den ursprünglichen Parkplatzkompromiss des Stadtrats abstimmen zu können.

Welches sind für die FDP die wichtigsten Geschäfte der neuen Legislatur?

Über eines der wichtigen Geschäfte werden wir schon bald abstimmen dürfen - das Konzept Autoparkierung mit den Parkplatzreglementen. Es ist für das Gewerbe und für den Tourismus zentral, dass die Innenstadt mit allen Verkehrsträgern erreichbar bleibt, jedoch auch mehr Parkplätze dem Gewerbe zur Verfügung stehen. Hier haben wir uns dafür eingesetzt, dass eine Kompromisslösung gefunden wird. Zudem werden wir uns in dieser Legislatur auch noch mit dem Strategieprozess Tourismus und dem Carregime befassen, mit welchen wir die Zukunft des Tourismus in der Stadt Luzern definieren. Auch wird sich das Parlament mit der Klimastrategie auseinandersetzen. Dieser zeigt auf, was es bedeuten würde, den CO₂-Ausstoss auf netto null pro Kopf bis 2030 zu reduzieren. Hier unterstützen wir Lösungen, die ökologisch, ökonomisch und sozial umzusetzen sind. Zugleich kämpfen wir in dieser Legislatur mit düsteren Finanzprognosen. Die FDP-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass wir auch nach dieser Legislatur noch gesunde Finanzen aufweisen und den künftigen Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen. Deshalb steht für uns eine Lockerung der Schuldenbremse ausser Frage.



Mitglied Guugemusig Göggschränzer Littau-Luzern

Corona, Polizei, LUKS und Hochschul-Campus

Bericht aus dem Luzerner Kantonsparlament



Seit Ausbruch der Pandemie steht auch die Arbeit des Luzerner Kantonsrats im Zeichen von Corona. Unschwer erkennbar ist dies am Austragungsort. Nach mehreren Zusammenkünften in der Messe Luzern, tagt das Parlament bis auf Weiteres in der Stadthalle Sursee. Ein rigides Schutzkonzept ermöglicht die demokratische Entscheidungsfindung trotz herausfordernder Situation. Auch inhaltlich dominiert die gegenwärtige Krise die Agenda. Über 20 dringliche Vorstösse wurden an der Januar-Session zur Corona-Thematik eingereicht und der Rat hat verschiedene Entscheide im Rahmen der Krisenbewältigung gefällt.

Corona-Krise dominiert Parlamentsbetrieb

Ich wage zu behaupten, dass es derzeit uns allen schwerfällt, die Entwicklung der Krise zu überblicken und mögliche Massnahmen nach deren Sinn-

haftigkeit zu beurteilen. Dennoch ist es gerade jetzt wichtig, nach Wegen aus der Krise zu suchen und sich den vorhandenen Zielkonflikten zu stellen. Verantwortung zu übernehmen ist deutlich anspruchsvoller als sich auf das Kritisieren zu konzentrieren. Mit Blick auf das Ausmass der Krise und die internationale Entwicklung ist es uns Schweizerinnen und Schweizerin meines Erachtens bislang gelungen, wo möglich sinnvolle Mittelwege zu finden und die unterschiedlichen Interessen gewinnbringend abzuwägen. Den gleichen Eindruck habe ich von den in unserem Kanton mit der Krisenbewältigung beschäftigten Personen. Zweifelsohne passieren Fehler und stossen manche Entscheide auf Unverständnis. Persönlich hatte ich aber nie den Eindruck, dass die Menschen in der Verantwortung nicht ihr Bestes gaben oder sich dem Diskurs nicht stellten. Mein Dank gilt an dieser Stelle allen Personen, welche direkt oder indirekt an der Krisenbewältigung beteiligt sind. Vom Pflegepersonal über den Zivilschützer bis hin zu den Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung.

Weiteres Hilfspaket zeichnet sich ab

Während der Kantonsrat bereits im Dezember einen Sonderkredit über 25 Millionen Franken für Härtefälle gesprochen hat, diskutierte das Parlament im Januar weitere Massnahmen. So wurde ein Postulat aller Fraktionen angenommen, welches von der Regierung ein zweites Hilfspaket mit flexibleren Bedingungen fordert. Das Paket wird für die März-Session erwartet. Meines Erachtens richtigerweise wurden auch einige Vorstösse abgelehnt. Beispielsweise jener, welche eine Bevorzugung für Lehrpersonen bei der Corona-Imp-

fung forderte. Der Bund hat die Impfreiheitsfolge definiert und an diese sollten wir uns halten.

Schweizer Pass für PolizistInnen und Statuten für das Spital

Nebst den Diskussionen rund um die Corona-Krise widmete sich das Parlament weiteren Geschäften. Es entschied mitunter, dass auch in Zukunft Polizistinnen und Polizisten den Schweizer Pass benötigen und segnete die Statuten für die neue Luzerner Kantonsspital AG inklusive der Forderung nach einem Frauen-Mindestanteil von 30 Prozent in den obersten Leitungsgremien ab.

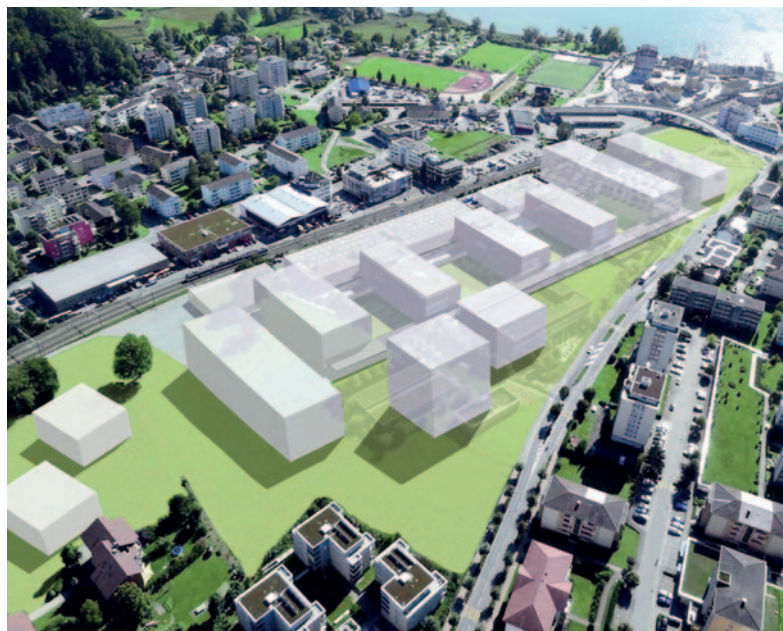
Chance auf neuen Hochschul-Campus

Im März stimmen die Luzernerinnen und Luzerner mitunter über die Gründung einer Aktiengesellschaft für den Campus Horw ab. In Horw soll der Hochschulstandort zu einem Campus für das Departement Technik & Architektur und die Pädagogische Hochschule weiterentwickelt werden. Zwei etablierte Institutionen, deren Standort erneuert respektive gewechselt werden muss. Das voraussichtliche Investitionsvolumen von 365 Millionen Franken soll die Erneuerung ermöglichen und mittels der Gründung einer gemeinnützigen Aktiengesellschaft können wir die Grundlage schaffen, dass sich der Campus Horw erfolgreich und flexibel genug weiterentwickeln kann. Die FDP, das Parlament und die Regierung unterstützen dieses Vorhaben und empfehlen Ihnen dieses anzunehmen.

Maurus Zeier
Kantonsrat



Kantonsrat Luzern tagt in der Stadthalle Sursee



Projekt Erweiterung Campus Horw

Ampeln anstatt Grosskreisel: die von der am Pilatusplatz geplante «Y-Lösung» ist umstritten.

INFORMATIONEN UND BEITRITT
ZUM KOMITEE:
www.ig-pilatusplatz.ch



Wissen Sie wo heute der grösste Kreisel der Region steht? Genau, im Zentrum unserer Stadt am Pilatusplatz. Zwischen der Obergrundstrasse und dem Hallwilerweg – rund um das Passbüro und Gewerbebetrieben – befindet sich (noch) der jetzige Grosskreisel (Abb. 1). Denn am Pilatusplatz soll die aktuelle Verkehrsführung durch die «Y-Lösung» in eine Kreuzung zurückgebaut werden. Und das in einer Zeit, wo die meisten Kreuzungen in Kreisel umgebaut werden, um den Verkehrsfluss zu verbessern.

Seit 2019 kämpft die Interessensgemeinschaft (IG) Pilatusplatz zusammen mit aktuell fast 900 Mitgliedern und mit diversen lokalen Unternehmen und Verbänden für eine zukunftsfähige Lösung am Pilatusplatz. Denn mit der «Y-Lösung» besteht die Gefahr einer schlechten Erreichbarkeit für die Anwohner und Gewerbebetreibenden, zusätzlichen Lärms auf dem Hallwilerweg und eines Verkehrschaos rund um den Pilatusplatz.

Gefahr einer verlängerten Autobahn

Die «Y-Lösung» und die Aufhebung der Parkplätze sollen die Obergrundstrasse autofrei machen und als Begegnungszone definieren. Die jetzige Planung zielt jedoch darauf ab, den Individualverkehr über eine Achse in beide Richtungen entlang des Hallwilerwegs zu führen (Abb. 2), was bedeutet, dass diese zukünftig auf sechs Spuren verbreitert wird (Abb. 3). Der gesamte Verkehr würde als verlängerte Autobahn mitten durch die Stadt führen, was die Belastung für Anwohner und Gewerbe erhöhen würde.

Quartiervereine sind nicht alle einverstanden

Die Stadt hat in ihrer letzten Kommunikation fälschlicherweise angeführt, dass alle Quartiervereine hinter dem Projekt stehen würden, diese Aussage ist nicht korrekt. Es gibt einige – unter anderem der

direkt betroffene Quartierverein Kleinstadt – welche sich der «Y-Lösung» nicht anschliessen.

Eine zufriedenstellende Lösung für die Anwohner und Gewerbebetreibenden ist die «Y-Lösung» also nicht. Hierzu müssten an diversen Punkten

noch Verbesserungen vorgenommen werden. Ob dies unser Stadtrat und das Parlament wollen, stelle ich zum heutigen Zeitpunkt in Frage.

Lucas Zurkirchen, Ausschuss IG Pilatusplatz und
Geschäftsleitung FDP Stadt Luzern

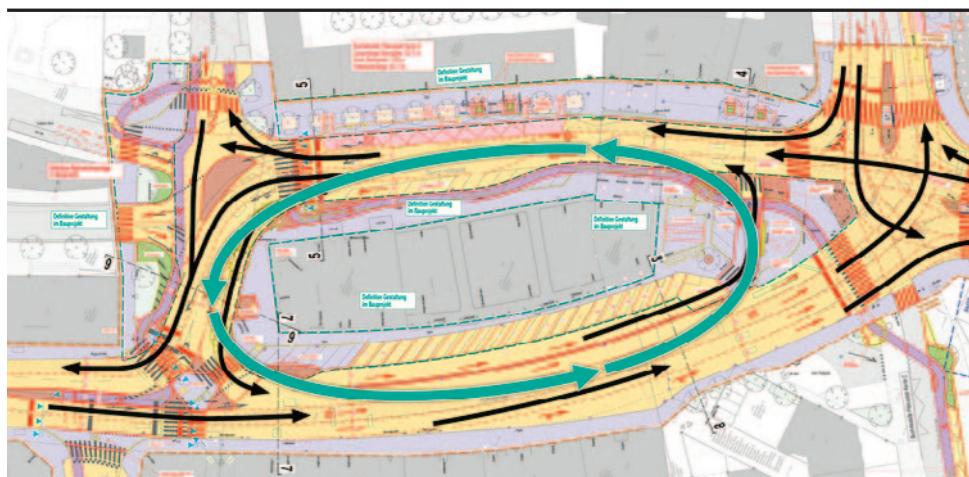


Abb. 1 | Heutige Verkehrsführung am Pilatusplatz und um die «Insel» (= Grosskreisel)

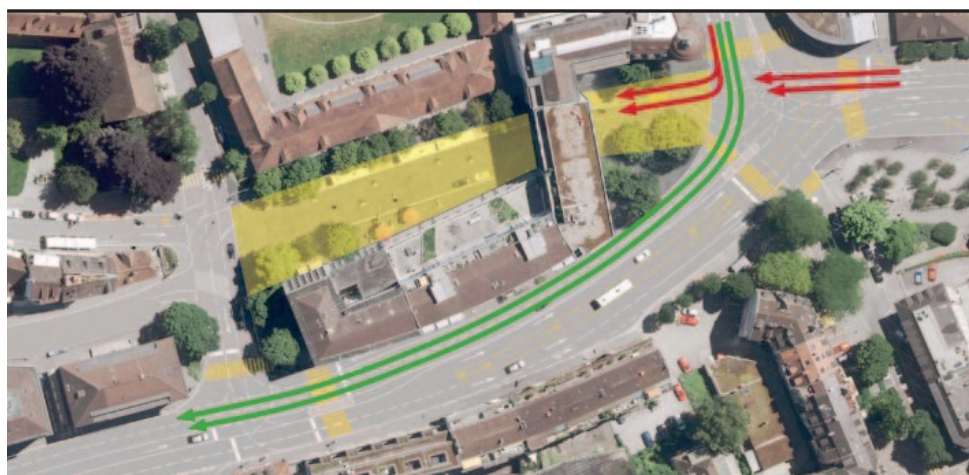


Abb. 2 | Grobkonzept neue Y-Lösung; rot: alte Führung; grün: neue Führung; gelb: vom Verkehr entlastete Strasse, fast nur noch ÖV und Velos (von Stadt geplante Begegnungszone)

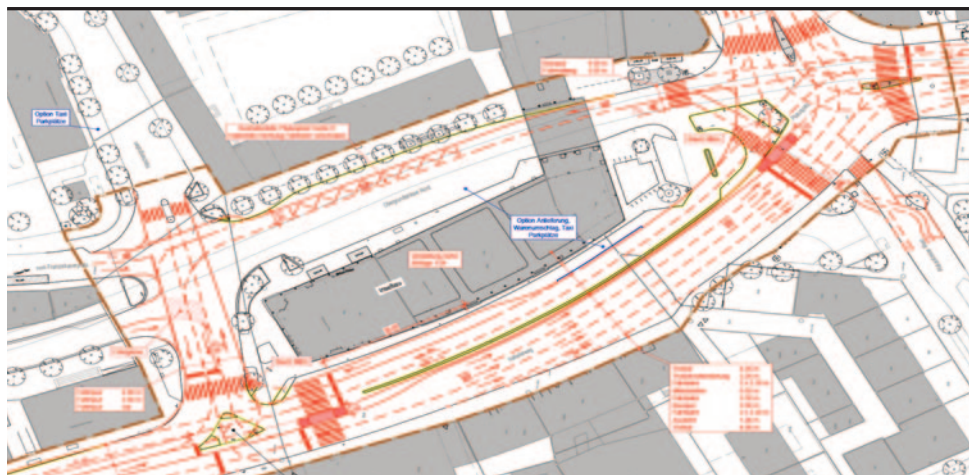


Abb. 3 | Die 6 Fahrspuren im Bereiche Hallwilerstrasse (2 Normalfahrspuren und 1 Abbiegefahrspur Richtung Kasernenplatz, 3 Normalfahrspuren und 1 Abbiegefahrspur Richtung Pilatusplatz)

Offene Ohren für Anliegen aus den Quartieren



Die Quartiere werden in der Corona-Zeit neu entdeckt. Anstatt weiter weg in die Ferien zu fahren, erkunden viele Luzernerinnen und Luzerner die verschiedenen Quartiere unserer Stadt. Jedes Quartier hat seine besonderen Plätze zum Verweilen. Für den Zusammenhalt der Stadtbevölkerung tut es gut, ein anderes Quartier besser kennen zu lernen, so erfährt man, wie unterschiedlich die Bedürfnisse sind.

Wir von der FDP-Fraktion wollen die Anliegen der Quartiere aufnehmen und auch ernst nehmen. Ein gutes Beispiel dafür war unser Engagement für die Abstimmung zur Würzenbachmatte, welche an der Urne im Herbst klar angenommen wurde.

Was bedeutet eine seit Juli 2020 verschüttete Strasse im ländlichen **Stadtteil Littau**? Auch wenn die Bevölkerungsdichte nicht gross ist, heisst dies für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner eine beschwerliche Zufahrt zu ihren Häusern bzw. lange Umwege. Von einer ÖV-Anbindung wie in der Kernstadt kann dieser Stadtteil nur träumen. Umso wichtiger ist eine adressatengerechte, schnelle Kommunikation und eine umgehende Lösung des Problems. Das dringliche Postulat Nr. 48, das die FDP mitunterzeichnet hat, wurde Anfang Februar im grossen Stadtrat behandelt. Die Strasse ist aber leider noch immer nicht saniert.

Wie beliebt sind die 2020 neu lancierten **Pop-up-Parks** in den Quartieren? Was kosten diese Parkplätze wirklich? Stimmt das Kosten-Nutzen-Verhältnis



für diese 6 umfunktionierten Parkplätze? Das fragen wir von der FDP den Stadtrat mit einer Interpellation. Wir sind aber davon überzeugt, dass eine Attraktivierung, welche durch die Bevölkerung initiiert und umgesetzt wird, die Quartieraufenthaltsort gezielt aufwerten kann.

Mitsprache bzw. **Partizipation** wird von den **21 Quartiervereinen** begrüsst und von den Quartierkräften von Seiten der Stadt auch immer wieder erwartet. Viele Stunden Fronarbeit werden als selbstverständlich hingenommen, sei es für eine Erstbeurteilung bei einem Antrag für eine Begegnungszone, für die Mitwirkung bei grossen Bauvorhaben wie dem neuen Schulhaus Staffeln, für die Teilnahme bei der Vision Tourismus u.v.m. Die ehrenamtliche Arbeit für die Quartiervereine darf nicht überstrapaziert werden. Denn wenn die Anliegen letztlich nicht ernst genommen oder Entscheidungsgründe nicht kommuniziert werden, fühlen sich die Quartiervertreterinnen und -vertreter nicht mehr ernst genommen.

Unsere Fraktion setzt sich zum Ziel, mit den Quartiervereinen in der laufenden Legislatur noch aktiver den Austausch zu pflegen, ohne dabei leere Versprechen zu machen.

Wir danken allen Quartierkräften herzlich für ihre persönliche und wichtige Arbeit für die Bevölkerung.

Sandra Felder-Estermann
Grossstadträtin FDP

Polarisierung in der Luzerner Stadtpolitik Machtgelüste? Machtgehab?

Ja, es besteht auch in der Politik eine Meinungsfreiheit. Diese soll aber gepaart sein mit Verantwortung, mit Kompromissbereitschaft und mit dem Sinn für das Ganze. Wenn ich die Politik der letzten Monate in unserer Stadt betrachte, zweifle ich, dass die linken Parteien diese Kriterien erfüllen. Sie tragen immer mehr zu einer unverantwortlichen Polarisierung in der städtischen Politik bei, bei den letzten Wahlen erzielten sie zwar nicht ganz 50% der Stimmen, aber genau 50% der Parlamentssitze und damit die «Mehrheit», da in diesem und im nächsten Jahr die dann bürgerlichen Parlamentspräsidentinnen nicht stimmen werden. Diese Mehrheit kosten sie oft mit Wollust aus, ja beinahe schon mit Machtgehab. Sie tun dies mit dem Hinweis, die Bürgerlichen hätten dies früher genau gleich getan.

Wie dem auch sei, Sinn einer glaubhaften, verantwortungsvollen Politik ist dies nicht.

Beispiele gefällig?

- ➡ Schon vor einiger Zeit legten die linken Parteien dem Stadtrat einen Maulkorb an und verboten ihm faktisch, weiter über das Parkhaus Musegg zu berichten, dies knapp vor dem Erscheinen eines entsprechenden Berichts der Regierung.
- ➡ Bei der Behandlung der Bauzonenordnung wollten sie unbedingt die reformierte Kirchgemeinde bezüglich deren Baugrund im Würzenbach enteignen und dort gemeinnützige Wohnungen bauen lassen. Dies obwohl die Kirchgemeinde versprochen hatte, selbst günstige Wohnungen anzubieten.
- ➡ Im Falle der baufälligen Soldatenstube Eichwäldli

wollte man trotz klarer Expertenberichte über die Baufälligkeit des Gebäudes entgegen der klaren Stellungnahme des Stadtrates eine grosse Summe – allein 200'000 CHF für Sanierungsmassnahmen – investieren um die Fortführung der widerrechtlichen Besetzung zu ermöglichen.

- ➡ Im Falle des vom Stimmvolk der Stadt Luzern beschlossenen Verkaufs des entsprechenden Grundstücks und der von der Krienser Bevölkerung beschlossenen Sportarena woll(t)en sie entgegen geltenden Rechts die Volksbeschlüsse für nichtig erklären!

Es braucht in der Stadt Luzern auch linke Ideen, aber gepaart mit Verantwortung!

Herbert Widmer, Alt-Kantonsrat

Stamm per Bildschirm

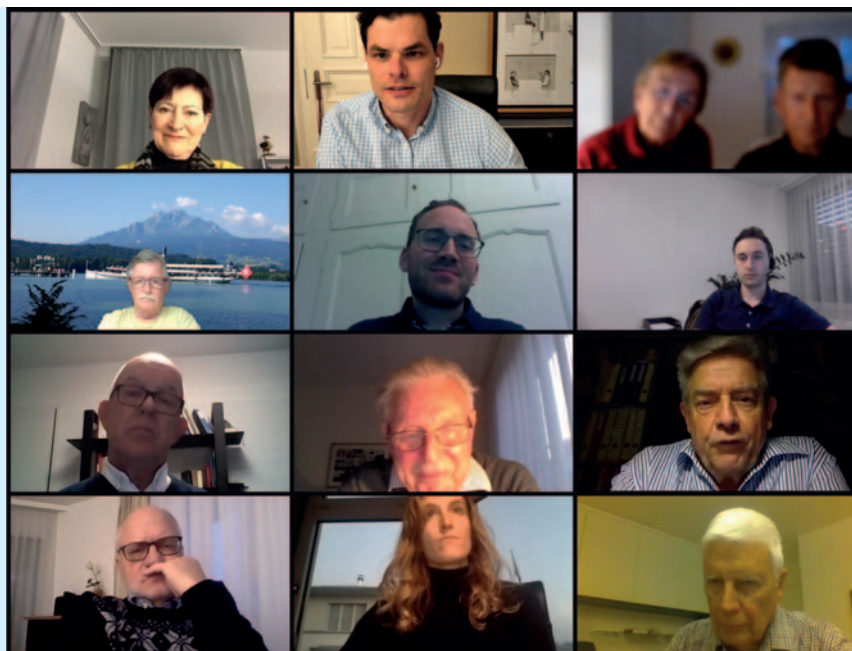
Ein Wiedersehen!

Am 11. Januar haben wir uns getroffen; endlich wieder einmal! Es war zwar bloss über den Bildschirm, doch weitere 13 bekannte Personen zu sehen und zu hören, machte Freude, ganz abgesehen davon, dass die angesprochenen Themen zur Stadtpolitik interessierten. Gast Fabian Reinhard, Präsident, und Marco Baumann, Fraktionschef, garantierten für höchste Aktualität. Bereichernd war zudem, dass Teilnehmende aus allen Altersgruppen vertreten waren. Die Neugier aufs Wiedersehen und auf Infos wurde belohnt.

Weiter so!

Nachdem die Rückmeldungen zum 1. Stamm über Erwartungen gut waren und die Chancen für ein physisches Treffen immer noch gering sind, fiel der Entscheid für einen zweiten digitalen Stamm am 1. März leicht. Mit Jacqueline Theiler (Kantonalpräsidentin) als Gast werden zudem kantonale Fragen kompetent nahegebracht. Eine wichtige Thematik.

Ein weiterer digitaler Stamm soll auch dazu beitragen, jene zu gewinnen, die es im Januar aus Unsicherheit noch nicht recht wagten, mitzumachen. Da möchten wir Unterstützung bieten.



Perspektiven

Der digitale Stamm soll nicht einfach die Alternative zum physischen Stamm sein, sondern sich eigenständig weiterentwickeln. Wäre das wünschenswert? Natürlich, wir alle warten sehnhch auf die Möglichkeit, uns wieder physisch zu treffen. Andererseits eröffnen wir uns mit mehr Leichtigkeit im Umgang mit digitalen Treffen aber auch die Teilnahme an Auseinandersetzungen andernorts: Treffen mit

Parlamentariern, mit anderen Gruppen unserer Partei, kurz – wir können uns leichter dort informieren und einmischen, wo es uns auch interessiert. Oder eigene Interessensgruppen bilden: z.B. betreffend der Frage «Wie soll sich die Mobilität jener entwickeln, die nicht mehr zur Generation Velo gehören?» Die Diskussion ist eröffnet!

Vreni Grüter-Felber

Halbjahresprogramm der FDP-Seniorinnen und Senioren.



Fröhliche Runde auf der Seniorenreise im Car

Das Leiterteam gestaltete ein Halbjahresprogramm, das Ausflüge in die Umgebung vorsieht. Im Mai informieren wir uns, wie die Aufforstung eines Waldes vorangetrieben wird. Im Juli bummeln wir durch die Stadt Zug. Die jährliche Reise führt uns in die wunderschöne Region des Bodensees.

Wir wissen, die digitalen Kanäle allein machen uns

nicht glücklich.

Es braucht Veranstaltungen, welche uns an unbekannte Orte locken, uns Neues erleben lassen oder Altbekanntes in Erinnerung rufen.

Unser Ziel ist es, dass Freundschaften gepflegt werden können, dass ein lebendiger Austausch unter den Teilnehmenden stattfinden kann.



Ein gut gelaunter Senior: Josef Blum

Wohlthuend für uns alle sind die guten Gespräche, der rege Austausch oder die Geselligkeit, die uns untereinander verbindet.

Isabel Isenschmid-Kramis
Hugo Schiavini